



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

20. Jg. Nr. 2
30. April 2014

Editorial

Europa ist unsere Zukunft

Die Sorge ist groß, dass bei der Europawahl nationalistische und populistische Parteien einen deutlichen Zugewinn erzielen werden. Mit guter Rhetorik und griffiger Attacke macht man schlecht, was über Jahrzehnte Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wachsenden Wohlstand in Europa geschaffen hat.

Die europäische Einigung war und ist die Antwort auf die Epoche zweier Weltkriege. Ihr kommt eine historische Bedeutung bei der Überwindung der Teilung unseres Kontinents zu. Durch Versöhnung und enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten wurde geschaffen, was – trotz aller Fehler und Irrwege - in anderen Regionen der Welt außerordentlich beneidet wird.

Vor kurzem fuhr ich über freie Grenzen über Holland nach Belgien zu einem Termin in Brüssel, um mit unseren Partnern die Website www.theeuropeexperience.eu vorzustellen (siehe letzte Seite dieser SALZkörner). Es war Zufall, dass am nächsten Tag Termine im Bayerischen Wald anstanden und ich, ohne Ausweis- oder Grenzkontrollen, dabei auch nach Tschechien fuhr. Auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer ist es ein tiefes Erlebnis, das Europazeichen auch hier zu sehen und eine Grenze zu überschreiten, die zugleich verbindet und eint. Jetzt gilt es, durch Beteiligung an der Europawahl mit Mut und Weitsicht für ein bürgernahes und zukunftsfähiges Europa zu kämpfen. Ein sozial gerechtes, solidarisches und weltoffenes Europa ist unser aller Zukunft.

Stefan Vesper

Inhalt

**Mut zum Neuanfang:
Christ sein in Europa - und gestalten! _2**
Wahl des Europäischen Parlaments
am 25. Mai 2014
[Martin Kastler](#)

Leben bis zuletzt _____ 4
Krankheit und Sterben können dem
Menschen die Würde nicht nehmen
[Gloria Behrens](#)

Über den Tag hinaus denken _____ 6
Zur neuen Sozialinitiative der Kirchen
[Hildegard Müller](#)

**Grüne Gentechnik aus
ethischer Sicht _____ 8**
Bewertung der Gentechnik ist
Querschnittsaufgabe
[Alois Glück](#)

The Europe Experience _____ 12
Europapolitik aus der Perspektive der
christlichen Sozialethik im Netz
[Sigrid Schraml](#)

2 Europa Wahlen

Mut zum Neuanfang: Christ sein in Europa - und gestalten!

Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014

Die bevorstehende Europawahl fordert Christen in Europa auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Populistischen Strömungen und rechtsextremen Gruppen muss bei dieser Wahl die rote Karte gezeigt werden. Zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft sind Christen als "Salz der Erde" aufgerufen. Die Europawahl ist eine große Chance sich zu einem wertebundenen und solidarischen Europa zu bekennen.

Am 25. Mai 2014 ist Europawahl - und glaubt man den Umfragen, interessiert das bislang gerade mal jeden fünften Deutschen. Europamüdigkeit prägt das Bild - selbst Christen setzen ein Fragezeichen hinter ihr Wahlrecht, das eigentlich ja so selbstverständlich ist. Überhaupt stehen die Zeichen oft genug auf Resignation und Hoffnungslosigkeit.

Christ sein in Europa heißt, einzustehen für eine Politik des Friedens und der Versöhnung - in Europa und weltweit.

Die Umbrüche in der Ukraine und die Krim-Krise zeigen uns: Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Europa ist gefordert, den Auftrag des Friedensnobelpreises weiter zu erfüllen. Als Christen sind wir Impulsgeber echter Versöhnung. Das, was Charles de Gaulles und Konrad Adenauer zur Geburtsstunde Europas möglich gemacht haben, muss uns Beispiel sein, wenn wir heute als globale Macht in der Welt wirken. Es muss auch dann Leitbild sein, wenn es darum geht, weltweit für die Rechte verfolgter Christen und aller Vertriebenen einzustehen, eine nachhaltige und menschenfreundliche Entwicklungspolitik zu schaffen.

Christ sein in Europa heißt, einzustehen für eine Politik, die die Schöpfung bewahrt.

Darauf bauend, haben wir eine Resolution des Europäischen Parlaments durchgesetzt, die sich klipp und klar gegen Klonen, gegen jegliches Patent auf Leben wendet. Wir

haben die EU-Saatgutrichtlinie abgelehnt, die uns einen Kniefall vor Genindustrie und Einheitssaatgut abverlangt hätte - zu Lasten der Artenvielfalt. Wir stehen für konsequenten Klimaschutz und haben eine neue EU-Agrarpolitik geschaffen, die den ökologischen Einsatz unserer Landwirte belohnt. Wir haben erreicht, dass die EU-Kommission die Gentechnik beim Handelsabkommen mit den USA ausklammert - und wir werden die Verhandlungen zu TTIP auch weiterhin kritisch begleiten. Gemeinsam mit Umweltschützern und Landwirten sind die christlichen Kirchen Motor einer nachhaltigen Umweltpolitik in Europa.

Christ sein in Europa heißt, einzustehen für eine Politik der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Wir Christen im Europaparlament haben uns in den vergangenen Jahren vielfach schützend vor Ehe und Familie als Keimzelle von Staat und Gesellschaft gestellt. Wir treten ein für echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf - und fordern, gemeinsam mit einer starken Sonntagsallianz unserer katholischen Verbände, von der Wirtschaft Freiräume wie den arbeitsfreien Sonntag und das "Grundrecht auf Unerreichbarkeit". Wir stehen europaweit ein für ein Miteinander der Generationen, für gesellschaftliche Teilhabe und die Achtung des würdevollen Lebens von seinem Beginn bis zum natürlichen Ende. Wir arbeiten an einer europäischen Sozialpolitik, die Gerechtigkeit fördert und Sozialdumping stoppt, die jungen Menschen Arbeit und Perspektiven gibt und die die europäische Solidarität untrennbar mit der gegenseitigen Verantwortung verknüpft. All das haben wir durch unser Christ sein in Europa gestärkt - und trotzdem: Von Stolz und Freude ist auch in unseren Reihen kaum eine Spur. Europa steht bei vielen Bürgern am Pranger, so manch politische Kraft nährt sich allein aus europäischer Fundamentalkritik. Die Bürger zweifeln am Sinn der Europawahl.

Ja zu Europa – Ja zu aktivem Mitgestalten

Ist das Projekt Europa etwa schal geworden? Ein Bild, das Bände spricht - gerade, wenn wir als Christen unsere Rolle als Bürger überdenken: "Ihr seid das Salz der Erde" - so steht es in Matthäus 5,13. Ein Auftrag, der uns auch im europäischen Kontext in die Pflicht nimmt - ganz besonders in diesen schwierigen Zeiten. Für uns Christen steht hinter dem europäischen Friedensprojekt kein Fragezeichen.

Europa Wahlen

Wir sagen ja zu Europa - aber nicht kritiklos ja zu allem, was Europa macht. Unsere Antwort auf falsche Weichenstellungen ist nicht die Resignation. Unsere Antwort heißt Teilnahme, heißt mitgestalten, heißt europaweite Vernetzung nach dem ZdK-Erfolgsmodell IXE - Initiative Christen für Europa. Unser gemeinsamer Auftrag: Christ sein in Europa - und wirken. Wie das Salz.

Wählen gehen

Am 25. Mai 2014 haben wir Christen die Chance, Europas einziges demokratisch legitimes und im Sinne der Bürger einflussreichstes Organ, das Europäische Parlament zu wählen. Wir entscheiden darüber, wer in den kommenden fünf Jahren unsere Interessen und Werte in Straßburg vertritt. Wer nicht wählt, vergibt diese Chance. Rechtsextreme Gruppen wie NPD und Republikaner bekommen nach Wegfall jeglicher Sperrklausel die Chance, sich ausgerechnet im Europäischen Parlament eine Bühne für ihre kruden nationalistischen Ideen zu verschaffen - staatlich finanziert durch Geld der Steuerzahler. Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie Radikale und Europaskeptiker sich in Straßburg etablieren.

Europa gibt es auch am 26. Mai und weit darüber hinaus. Es liegt aber an uns, welches Europa wir wollen – und wer in Europa Einfluss hat: Gehen Sie zur Wahl!

Katholische Soziallehre als Wertekanon

Unsere Ziele sind klar. Sie sind und bleiben geleitet von den Grundzügen der katholischen Soziallehre - den passenden Antworten auf die drängendsten Probleme unserer Zeit. Den Beweis dafür haben wir in den vergangenen Jahren bereits erbracht: Viele der politischen Antworten auf die anhaltende Krise bauten - mehr denn je - auf die Grundzüge unserer Soziallehre. Viele der Fehlentwicklungen fanden ihren Nährboden im gesellschaftspolitischen Gegenteil: Finanz- und Schuldenkrise entstanden dort, wo Werte fehlten. Sie explodierten dort, wo Freiheit und Verantwortungsbewusstsein voneinander geschieden waren, wo moralische Grenzen aufgehoben schienen. Selbst die viel zitierte bürokratische Regelungswut Brüssels hat im Grunde ihren Ursprung in der Missachtung katholischer Grundregeln: Dann nämlich, wenn die Prinzipien der Subsidiarität und der Personalität verletzt werden.

Es gibt noch viele Bereiche der Europäischen Politik, die zu-

künftig besser funktionieren können, wenn weitere Grundprinzipien Geltung finden. Umwelt- und Klimaschutz, Asyl- und Migrationspolitik, aber auch wichtige Themen wie der Datenschutz. Papst Franziskus selbst hat uns mehrfach daran erinnert, welche Verantwortung wir gegenüber den Armen und Wehrlosen, den Kranken und den Behinderten haben.

Nun mag man dagegenhalten und sagen: Für all das stehen nicht nur christliche, nicht nur bekennend katholische Politiker. Das stimmt. Dennoch sind sie es, die über ihren Glauben das offene Bekenntnis zu all diesen Prinzipien geben. Sie sind es, die den Wähler explizit um dieses Vertrauen bitten: Sie wollen Christ sein im Europäischen Parlament. Das zusammen macht sie zu tragenden Säulen, wenn wir unsere christliche Vision vom gelebten Europa der Werte, der Bürger und der Regionen gesamtgesellschaftlich etablieren wollen.

Christ sein in Europa

Unsere christliche Botschaft ist eine Botschaft der Hoffnung. Sie sollte auch unser Christ sein in Europa prägen. Es ist unsere Überzeugung, dass das "europäische Projekt" von einem positiven Menschenbild inspiriert ist. Angesichts der Schulden- und Finanzkrise in der EU muss exakt dieses "wahre und richtige Menschenbild" in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit rücken. Ein Menschenbild, das zwingend verbunden bleibt mit dem Bild Gottes und dem Bild des Menschen, wie es uns in Jesus Christus gezeigt wird.

Es ist aber auch das Menschenbild, das uns als Bürger in die Pflicht nimmt, das uns Verantwortung schenkt. Und die Freiheit, zu wählen. Haben wir den Mut zum Christ sein in Europa. Haben wir den Mut zu Hoffnung, zu Aufbruch und Neuanfang. Beginnen wir damit am 25. Mai 2014 - und setzen wir mit unserer persönlichen Europawahl ein Zeichen. Kein Fragezeichen - sondern ein Hoffnungszeichen: Für ein besseres Europa.

| [Martin Kastler MdEP](#)
Europapolitischer Sprecher des ZdK

4 Sterben Menschenwürde

Leben bis zuletzt

Krankheit und Sterben können dem Menschen die Würde nicht nehmen.

Seit Bundesgesundheitsminister Gröhe im Januar angekündigt hat, sich für ein Verbot geschäftsmäßiger Hilfe zur Selbsttötung einzusetzen, wird in Deutschland wieder über den Umgang mit Schwerstkranken und Sterbenden diskutiert. Das ZdK fordert als wirksamste und einzig mögliche Antwort auf die Ängste der Menschen den konsequenten Ausbau einer flächendeckenden und differenzierten palliativen und hospizlichen Versorgungsstruktur. Dr. Gloria Behrens, Mitglied des ZdK, unterstreicht diese Forderung aus ihrer Erfahrung als Ärztin auf einer Palliativstation.

"Ich glaube an ein Leben nach dem Tod. Auf der Palliativstation habe ich gelernt, dass es ein Leben vor dem Tod gibt und dass es gilt, dieses zu leben." So schrieb ein 60-jähriger Patient in das Gästebuch unserer Palliativstation. Seit er erfahren hatte, dass seine Krankheit unheilbar sei, kreisten seine Gedanken fast ausschließlich um das Thema Sterben: "Wie lange noch? Und wie schlimm wird es?"

Diese Fragen beschäftigen fast alle Schwerkranken. So erdrückend sind diese Gedanken, dass die Betroffenen oft keinerlei Perspektiven für ihr Leben mehr sehen. Ein gutes Leben trotz schwerer Krankheit und ihre Folgen? Das geht doch gar nicht!

So denken wohl viele Menschen. Kaum jemand hat sich mit der Endlichkeit des eigenen Lebens beschäftigt oder ist gar darauf vorbereitet, bald zu sterben. Mit der Diagnose einer lebensbedrohenden Erkrankung "klopft der Tod an die Tür" und die Angst vor großem Leid und qualvollem Sterben steht den Betroffenen unmittelbar vor Augen. Nun werden alle Kräfte mobilisiert, um wieder gesund zu werden. Was aber, wenn die Gesundheit nicht wiederherstellbar ist? Trotz krankheitsbedingter Einschränkungen noch ein zufriedenes, gar erfülltes Leben? Kann es das geben? Kaum vorstellbar. Aufgeben, lieber gleich tot zu sein scheint besser als sich den Zumutungen einer so schrecklichen Krankheit zu stellen.

Lebensqualität im Focus

Hier haben Hospizbewegung und Palliativmedizin in den letzten Jahren neue Wege beschritten und alte wieder entdeckt. Wenn eine kurative Therapie die Gesundheit nicht wiederherstellen kann, ändert sich das Therapieziel. Jetzt stehen die Linderung belastender Symptome und bestmögliche Lebensqualität im Fokus. Unerträgliche Schmerzen und andere körperliche Symptome wie Luftnot und Übelkeit, vor denen die meisten große Angst haben, lassen sich heute gut therapieren, eine Voraussetzung für eine gute Lebensqualität.

Schwerkranke und ihre Angehörigen plagen aber auch andere Sorgen. Die lebensbedrohende Krankheit durchkreuzt die Lebenspläne. Das Leben muss neu geordnet werden. Was ist wichtig, wenn nur noch wenig Zeit bleibt? Was sollte noch geregelt werden? Es gilt herauszufinden, was unter den veränderten Bedingungen möglich ist. Viele entdecken eine neue Freude an den kleinen Dingen des Alltags. Sie machen Erfahrungen, die sie als Gesunde so nicht machen würden. Eine schwere Krankheit bringt Familien und Freunde oft noch einmal besonders eng zusammen und viele erleben eine intensive Nähe. Im Angesicht des Todes fällt es vielen Menschen leichter, offen miteinander zu sprechen und ihre Liebe und gegenseitige Wertschätzung auszudrücken. Manche sind in dieser Zeit aber auch besonders sprachlos und brauchen professionelle Unterstützung, um die verbleibende Zeit miteinander gut zu nutzen.

Sich um Angehörige kümmern

Hospizbewegung und Palliativmedizin sehen es als ihre ausdrückliche Aufgabe an, sich nicht nur um die Kranken, sondern auch um deren Angehörige zu kümmern. Der Wunsch Schwerkranker, zu Hause zu bleiben, lässt sich in der Regel nur mit Hilfe von Angehörigen und Freunden realisieren. Viele Angehörige trauen sich zu Recht die Versorgung eines Schwerkranken zu Hause erst zu, nachdem sie ausführlich darüber informiert wurden, was auf sie zukommt und wie sie durch professionelle Hilfe bei der Versorgung unterstützt werden können. Hausärzte, Pflegedienste, ambulante Palliativteams und ehrenamtliche Hospizhelfer bilden ein unterstützendes Netzwerk, mit dem viele Kranke wie gewünscht zu Hause bleiben und dort auch sterben können.

Sterben Menschenwürde

In Würde leben können

Oft sind die Symptome der Krankheit aber so schwerwiegend, dass ein Verbleib zu Hause nicht möglich ist. Auch wer keine Angehörigen hat, die sich kümmern können, ist als Schwerkranker auf stationäre Einrichtungen angewiesen. Auf unserer Palliativstation sehen wir schon heute viele hochbetagte Menschen, deren Kinder nicht mehr am Wohnort der Eltern leben oder bereits selbst krank und gebrechlich sind. Bei steigender Lebenserwartung wird auch die Zahl derer steigen, die im Alter und bei Krankheit nicht mehr mit der Hilfe ihrer Familie rechnen können. Eine Debatte darüber, wie unsere Gesellschaft dann mit ihren Alten und Kranken umgehen will, ist dringend geboten. Auch wenn in den letzten Jahren der Ausbau hospizlicher und palliativer Versorgung in Deutschland deutliche Fortschritte gemacht hat, haben Kranke noch nicht überall Zugang dazu. Die Gesundheitspolitik muss die Rahmenbedingungen schaffen, dass schwerkranke Menschen in Würde leben können.

Palliativstationen sind Orte, an denen Schwerkranke sowohl Linderung ihrer körperlichen Leiden erfahren als auch Ruhe finden, sich mit ihrer Erkrankung und deren Folgen auseinandersetzen. Hier lassen sich Menschen verschiedener Berufsgruppen, Ärzte und Pflegenden, Psychologen, Physiotherapeuten, Musik- und Kunsttherapeuten, Sozialarbeiter und Seelsorger, auf die Kranken und ihre Angehörigen ein und nehmen sich Zeit, deren Bedürfnisse wahrzunehmen. Sie schauen dabei weniger auf die Defizite, die die Krankheit mit sich bringt, sondern auf die Ressourcen der Patienten: Da geht noch was! Die Kranken und ihre Angehörigen werden mit ihren Problemen nicht allein gelassen sondern erfahren Trost und Zuspruch. Dennoch ist es wichtig, auch die Defizite ehrlich zu benennen, um sinnvolle Hilfsangebote machen zu können.

Die Würde des Menschen ist aber unabhängig von seinen körperlichen Fähigkeiten

Als besonders gefürchtetes Symptom einer schweren Krankheit wird immer zuerst unerträglicher Schmerz genannt. Für viele Schwerkranke ist jedoch ein anderes Symptom viel schlimmer, mit dem die meisten vorher nicht gerechnet haben: Eine anhaltende Schwäche und Kraftlosigkeit, die sie zwingt, Hilfe von Angehörigen oder professionellen Pflegekräften anzunehmen. Darauf ist niemand vorbereitet und vie-

le können dies auch nur schwer ertragen. Die Menschen unserer Zeit sind es gewohnt, selbstbestimmt und unabhängig zu leben. Sie wollen niemandem zur Last fallen und nicht auf fremde Hilfe angewiesen sein. Die Angewiesenheit auf fremde Hilfe bedeutet abhängig sein, nicht mehr die volle Kontrolle über das eigene Leben zu haben. Viele schämen sich, wenn andere sie schwach und hilflos erleben und bezeichnen dies als würdelos. Dieser vermeintliche Verlust der Würde wird gerne als Argument für aktive Sterbehilfe oder Beihilfe zum selbstbestimmten Suizid vorgebracht. Die Würde des Menschen ist aber unabhängig von seinen körperlichen Fähigkeiten. Krankheit und Sterben können dem Menschen die Würde nicht nehmen.

Leben darf nicht vorzeitig beendet werden

Der beschönigende Begriff "Sterbehilfe" verschleiert, dass es sich in Wahrheit um die Tötung kranker Menschen handelt. Ist es menschenwürdig, getötet zu werden oder Hilfe bei der Selbsttötung zu erhalten, wenn der Körper nicht mehr wie gewünscht funktioniert? Entspricht es nicht eher dem Grundsatz der Menschenwürde, Sterbenskranken bei der Bewältigung der krankheitsbedingten Symptome und Probleme zu helfen, ihnen Trost zu spenden und sie nicht alleine zu lassen?

Ärzte sind durch ihr Berufsethos verpflichtet, Leben zu schützen und Kranke zu heilen. Wenn Heilung nicht mehr möglich ist, gilt es Schmerzen zu lindern und Sterbende zu begleiten. Das Töten von Kranken kann nicht ärztliche Aufgabe sein. Kranke, die sich in die Hand von Ärzten und Pflegenden begeben, müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Leben nicht vorzeitig beendet wird.

Eine noch sehr junge Patientin unserer Palliativstation, Anfang 20, sagte: "Ich will kein Mitleid, aber helf mir zu leben bis zum Schluss!" Leben bis zum Schluss: Darum geht es.

Dr. Gloria Behrens

Ärztin für Anästhesiologie und Palliativmedizin,
Oberärztin auf der Palliativstation am Bürgerhospital
Friedberg/Hessen, Mitglied des ZdK

6 Sozialinitiative Kirchen

Über den Tag hinaus denken

Zur neuen Sozialinitiative der Kirchen

Mit der kürzlich vorgestellten ökumenischen Sozialinitiative "Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft" haben sich die beiden großen Kirchen in Deutschland auf den Weg gemacht, die künftigen sozialen und wirtschaftlichen Konfliktthemen unserer Gesellschaft zu benennen und eine Debatte darüber anzustoßen, wie wir im 21. Jahrhundert miteinander leben wollen. In den Dialog über die anstehenden Aufgaben sollen möglichst viele Interessens- und Verantwortungsträger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden werden, um so zu echten Kompromissen zu gelangen.

Das neue Sozialpapier der Kirchen knüpft dabei auch an die wirtschaftsethischen Aussagen aus dem Apostolischen Schreiben "Evangelii Gaudium" von Papst Franziskus an, das im vergangenen Jahr für viel Aufsehen sorgte. Mit kaum einer Äußerung zu den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen konnte ein Papst in jüngster Zeit so tiefgreifend in die politische Debatte über die Zukunft der Marktwirtschaft, die möglichen Verwerfungen des bestehenden ökonomischen Systems, die Gestaltung gesellschaftlicher Solidarität und die Verpflichtungen des Individuums eingreifen.

Zuversicht in die Zukunft

Auffällig daran war die zum Teil deutliche Sprache, die der neue Papst wählte, sowie seine starke Kritik an den bestehenden Marktverhältnissen. Seine Aussage "Diese Wirtschaft tötet" sorgte für großes Aufsehen und zu entsprechenden medialen Reaktionen. Ihm wurden Marktfeindlichkeit und Anti-Modernismus vorgeworfen. Zugegeben: Die Interpretation der pastoral geprägten Bildersprache ist nicht ganz einfach. Die Kritik des Papstes erfolgte sichtlich auch eher vor dem Hintergrund freier Marktwirtschaften als einer Sozialen Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild. Im Kern der Sozialen Marktwirtschaft steht eine Ordnungspolitik, die individuelle Freiheit an Eigenverantwortung bindet und Leistungswettbewerb und gesellschaftliche Solidarität in Einklang bringt. "Die Wirtschaft tötet" ist daher eine für unser Land schwierige Aussage.

Man darf aber nicht vergessen: Papst Franziskus ist kein Politiker, der eine säkulare Agenda verfolgt. Entsprechend müssen all seine Ausführungen gedeutet werden. So hatte die "Süddeutsche Zeitung" recht mit ihrem Kommentar, dass "Evangelii Gaudium" eine kirchliche Erklärung eines Papstes sei, "der aus eigener Anschauung weiß, was ein entfesselter Kapitalismus anrichtet, wie er Menschen und Länder in den Abgrund stürzt." Dies war jedoch nur ein Aspekt des Schreibens. Neben seinen Äußerungen zu vielen pastoralen Fragen fordert der Papst alle Christinnen und Christen eindringlich auf, sich für eine gerechte Welt und eine bessere Zukunft einzusetzen sowie Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.

So sind auch der positive und konstruktive Tenor sowie die Grundzuversicht in die Zukunft hervorzuheben, die sowohl die Ökumenischen Sozialinitiative als auch das Apostolische Schreiben des Papstes in sich tragen. Auch in der Ökumenischen Sozialinitiative fordern die Kirchen – ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft – dazu auf, Verantwortung für sich und andere heute und für die Zukunft zu übernehmen und nicht den Staat für alles in Verantwortung zu sehen. Der Gesamtduktus der Texte macht jedoch auch deutlich, wie wenig Vertreter der Wirtschaft und die Kirchen offenbar im Gespräch miteinander sind und wie wenig über die Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen des jeweils Anderen gewusst wird. Die Ökumenische Sozialinitiative befasst sich zudem im Kern nur mit der aktuellen Situation. Es fehlt ein Blick auf die Frage, wie auch in Zukunft die Grundlagen für unseren Sozialstaat – insbesondere angesichts des demografischen Wandels – erhalten werden können. Der Sachbereich "Wirtschaft und Soziales" des ZdK will diese Sprachlosigkeit und wechselseitigen Missverständnisse zwischen Kirche und Wirtschaft aufbrechen und zum Dialog über Gegenwart und Zukunft ermutigen.

Energiewende ist ein Schlüsselkonflikt

In Gesprächen über künftige binnengesellschaftliche Konflikte spielt auch die sogenannte Energiewende eine wichtige Rolle. Nicht umsonst wird sie in der Ökumenischen Sozialinitiative als wichtiges Spannungsfeld der gesellschaftlichen Transformation hervorgehoben, bei dem viele Interessen in Konflikt geraten können. Was ist also der Kern der Energiewende? Es geht bei der Energiewende um mehr als um den Ausstieg aus der Kernenergie bis spätes-

Sozialinitiative Kirchen

tens 2022 und einem gleichzeitig beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bis 2050 soll das Verhältnis von heute rund 25 Prozent Erneuerbarer Energien und 75 Prozent konventioneller Stromerzeugung umgekehrt werden. Oberstes Ziel ist der Klimaschutz. Gleichzeitig soll und muss der Klimaschutz mit dem langfristigen Erfolg unseres Industriestandortes in Einklang gebracht werden: Auf diese Rahmenbedingungen haben sich im Sommer 2011 alle Beteiligten – Wirtschaft, Politik, Umweltverbände und Verbraucherververtretungen – geeinigt, so lautete damals der gesellschaftliche Konsens.

Die Energiewende ist mehr als nur ein energiewirtschaftliches oder gigantisches, technisches Infrastruktur-Projekt. Die Energiewende ist die Nagelprobe für unsere Zukunfts- und Wandlungsfähigkeit. Sie ist der Testfall, ob in einem relativ kurzen Zeithorizont die materiellen Grundlagen unseres Wirtschaftens und Wohlstandes vollkommen verändert werden können. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die in den kommenden Dekaden immer wieder neue soziale, ökologische und ökonomische Fragen aufwerfen wird. Politik und Gesellschaft müssen darauf kontinuierlich Antworten finden.

Die Aufbruchsstimmung ist jedoch längst verfliegen. Lagerdenken macht sich wieder breit. Längst streiten sich die Beteiligten und diejenigen, die von Veränderungen betroffen sind, wieder darüber, was zumutbar ist und was nicht. In vielen Bereichen der Energiewende zeigt sich erhebliches Konfliktpotential. So ist deutlich geworden, dass der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien viel Geld kostet – Geld, das die Verbraucher – ob private Haushalte oder Unternehmen – bezahlen. Leider haben die steigenden Kosten schon zu erheblichen, teilweise erbittert ausgetragenen Verteilungsdiskussionen geführt. Doch diese Bürde der Mehrkosten der Energiewende nimmt uns keiner ab, auch nicht Vater Staat. Sie muss von unserer Generation getragen werden, um den nachfolgenden Generationen ein gutes Leben in unserem Land zu ermöglichen.

Mit Dialog den Konflikten begegnen

In solchen Konflikten wird sichtbar, dass der Grad der persönlichen Betroffenheit zunimmt, sobald sich die unmittelbare Lebenswelt verändert. Gleichzeitig tritt in Konflikten eine Mentalität zu Tage, die vermuten lässt, dass sich manch einer nicht mehr anstrengen und die Zukunft aktiv mitgestalten will. Es reicht aber nicht aus, nur zu wissen, was man nicht will. Man muss zugleich konstruktive Alternativvorschläge machen und wissen, was man stattdessen will.

Aus meiner Sicht sind wirklicher Dialog und wirkliche Teilhabe die Mittel der Wahl, um diesen Konflikten zu begegnen. Es muss klar sein: Ohne breite Akzeptanz wird die Energiewende nicht gelingen. Wir brauchen deshalb dringend mehr Dialogbereitschaft auf allen Seiten.

Am Beispiel der Energiewende lässt sich gut herausarbeiten, welchen konkreten wirtschaftsethischen Handlungsauftrag uns die jüngsten kirchlichen Initiativen mit auf den Weg geben wollten. Sie regen an, "über den Tag hinaus zu denken, Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft zu übernehmen und auch die intergenerationellen, ökologischen und globalen Aspekte der Gerechtigkeit im Blick zu behalten", wie es Erzbischof Zollitsch ausgedrückt hat. Klar ist, dass alle, die unsere Gesellschaft mitgestalten und Verantwortung übernehmen wollen, an den kirchlichen Appellen nicht vorbei kommen. Mein Dank gilt daher allen, die diese wichtigen Denkanstöße mitentwickelt haben. Auch ich werde mich in meiner neuen Funktion als Sprecherin für "Wirtschaft und Soziales" im ZdK für den Austausch zwischen Kirche, Wirtschaft und Politik stark machen und gemeinsam mit den Mitgliedern des Sachbereichs den Dialog fördern.

Hildegard Müller

Sprecherin für den Sachbereich "Wirtschaft und Soziales" des ZdK

Grüne Gentechnik aus ethischer Sicht

Bewertung der Gentechnik ist Querschnittsaufgabe.

Bei einer Anhörung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Grünen Gentechnik am 2. April 2014 hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, einen Vortrag gehalten, den wir im Wortlaut dokumentieren.

Die große sachliche Komplexität der Grünen Gentechnik verlangt auch eine entsprechend differenzierte Behandlung der ethischen Fragestellungen und Abwägungen. Diese kann natürlich in einem kurzen Statement nicht umfassend dargelegt werden. Für die gründliche Befassung empfehle ich das Studium des Referates des Münchner Sozialethikers Professor Dr. Markus Vogt bei einer Veranstaltung der Universität Bayreuth: "GenEthik: Grüne Gentechnik in ethischer Sicht", 19.11.2004. (<http://www.uni-bayreuth.de/forum-kirche-universitaet/tagungen/gruene-gentechnik/GenEthik.pdf>)

Die Aufgabe der Ethik für die Bewertung der Grünen Gentechnik.

Keine Technologie ist von vornherein gut oder schlecht. Man muss ihre Chancen und Risiken, ihre Rolle für das Gemeinwohl nach konkreten Sachbezügen abwägen und bewerten.

Die Komplexität eines Sachverhaltes bestimmt auch die Komplexität der ethischen Fragestellungen und Bewertungen. Die Grüne Gentechnik ist ein hoch komplexer Sachbereich. Da sind zunächst die Fachfragen der Ernährung, der Pflanzenzucht, der Ökologie. "Wie in einem Brennglas bündeln sich in dieser Auseinandersetzung zentrale Fragen der Technik- und Risikobewertung, der Globalisierung, der Gerechtigkeit, der Armutsbekämpfung, des Naturverhältnisses von Mensch und Gesellschaft, der Beziehungen zwischen Wissenschaft, Ethik und Öffentlichkeit. Nicht zuletzt geht es um Abwägungen zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten. Die Debatte um die Grüne Gentechnik ist in der Spannung vielfältiger Interessens- und Überzeugungskonflikte." (Vogt) Es ist unverzicht-

bar, diese Zusammenhänge, diese Komplexität zu sehen, anzunehmen und danach zu handeln. Die Bewertung der Gentechnik ist also eine Querschnittsaufgabe.

Schöpfungstheologische Perspektive

Ein wichtiger Ausgangspunkt der ethischen Debatte um die Grüne Gentechnik ist die Schöpfungstheologie. Hier ist zuerst die Frage zu beantworten, ob der Mensch überhaupt zu derartigen Eingriffen in die Natur befugt ist. Das Argument, dass der Mensch sich bei der Gentechnik an die Stelle Gottes setze und in die Schöpfungsordnung eingreife, ist zu pauschal. Nach dem christlichen Verständnis der Verantwortung des Menschen für die Schöpfung, hat dieser die Aufgabe sie zu nutzen und zu hüten. Aus der Theologie der Schöpfung ergibt sich also kein grundsätzliches Nein zu gentechnischen Forschungen und deren Nutzung.

Für die christliche Ethik ist fundamental, dass Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten untrennbar verbunden sind mit verantwortlichem Umgang, einschließlich der Bereitschaft und der Fähigkeit auf Mögliches zu verzichten, wenn es in seinen Auswirkungen nicht vertretbar ist.

Maßstab Nachhaltigkeit

Von besonderer Bedeutung ist der Maßstab der Nachhaltigkeit.

Wie wirken sich die Entwicklungen auf die Nachkommen aus? Und: Wie sind die Wirkungen auf die Menschen in anderen Regionen der Erde? Die Grüne Gentechnik ist in jedem Fall ein Projekt mit Langzeitwirkung und Langzeitverantwortung. Deshalb ist die wichtige Anfrage: Gibt es aussagekräftige Langzeitstudien?

Ein entscheidender Faktor ist, welche Alternativen für die Erreichung gemeinsam erkannter Ziele zur Verfügung stehen. Dies bestimmt ganz wesentlich die Vertretbarkeit von Risiken und Auswirkungen. (Vergleich: Situation für die Abwägung von alternativen Möglichkeiten nach der Reaktor-katastrophe in Tschernobyl – nur den verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe - und der Situation nach der Katastrophe in Fukushima, - das Potential der erneuerbaren Energie)

Je mehr risikolosere Alternativen zur Verfügung stehen, umso unvertretbarer wird es, auf Dauer Projekte und Ent-

Gentechnik Landwirtschaft

wicklungen mit hohem Risikopotential einzuführen oder weiter zu betreiben.

Immer wieder geht es um die Abwägung zwischen Chancen und Risiken. Dies gilt natürlich auch für die Grüne Gentechnik.

Ethische Bewertungen können sich aber nicht nur auf die Risiken, die Belastungen und Veränderungen beziehen. Es ist ebenso ein ethisches Gebot, die Chancen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu bewerten. Wenn das Ergebnis der Abwägungen zu der Erkenntnis der nachhaltigen Verbesserung von Lebensbedingungen der Menschen führt, ist es ethisch gesehen Pflicht, dies auch zu fördern.

Gentechnik in der Landwirtschaft

Die pauschale Ablehnung der Gentechnik ist wohl überwunden, wie sich am Beispiel Herstellung von Insulin zeigt. Der Konflikt konzentriert sich auf die "Grüne Gentechnik".

Die Grüne Gentechnik umfasst zwei Bereiche, die zu unterscheiden sind:

1. Die Herstellung von Lebensmitteln.

Die Anwendung in der Lebensmittelverarbeitung (z. B. Herstellung von Enzymen, Vitaminen, Aminosäuren, Fermentationsprozesse wie z. B. bei Milchprodukten) ist Standard. Die Anwendung der Gentechnik für Zusatzstoffe oder Prozesshilfen in der Lebensmittelverarbeitung ist kaum mehr wegzudenken. Es gibt dagegen auch keine tragenden ethischen Argumente. Nach meinem Kenntnisstand gibt es auch keine Belege über gesundheitliche Schäden durch Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Unabhängig davon ist die Kennzeichnungspflicht als Information für den Verbraucher unverzichtbar.

2. Die Anwendung in der Landwirtschaft.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Anwendung in der Landwirtschaft. In dem Bereich der Tierzucht sind heute gentechnische Methoden der Analyse und der Steuerung gang und gäbe. Man kann im Einzelnen trefflich darüber streiten, welche Entwicklungen auch im Hinblick auf den Eigenwert alles Lebendigen vertretbar sind und

welche Auswirkungen daraus in der Beziehung und in der Wertschätzung der Tiere entstehen oder entstehen könnten. Dies soll hier nicht weiter vertieft werden.

Der für mich entscheidende Unterschied zur Anwendung der Gentechnik im Pflanzenbau ist, dass bei Fehlentwicklungen und entsprechenden Erkenntnissen die Entwicklung in der Tierzucht jederzeit gestoppt werden kann.

Ein anderes Beispiel: Bei neuen Erkenntnissen über die Gefahren oder gar konkreten Auswirkungen durch den Betrieb technischer Anlagen, seien es Kernkraftwerke, chemische Fabrikationen oder anderes, kann abgeschaltet und damit die Schadensauswirkung begrenzt werden.

Unumkehrbarkeit

Für die Risikobewertung ist von besonderer Bedeutung, ob Prozesse tatsächlich beherrscht und auch gestoppt werden können oder ob eingetretene Entwicklungen irreversibel sind. Wo man nicht austreten kann sollte man auch nicht eintreten.

Wenn es mit dem Einsatz der Grünen Gentechnik in der Natur zu Entwicklungen kommt, die in der Güteabwägung eine Nutzung dieses Weges nicht mehr vertretbar machen, kann der Prozess in der Natur aber nicht einfach gestoppt werden. Hier kann niemand abschalten. Der Einsatz der Grünen Gentechnik in der Natur ist ein Eingriff in hoch komplexe Systeme von Lebensgemeinschaften, die wir bis heute nur bedingt verstehen.

Der bis heute doch sehr begrenzte Erkenntnisstand etwa über die Ursachen von BSE oder die Ursachen der Waldschäden sind nur zwei Beispiele für solche Erfahrungen. In der Natur lebt nichts in einfachen Ursache-Wirkung-Beziehungen. Es müssten schon ganz außergewöhnliche und auf keine andere Art und Weise zu erreichende Vorteile für die Menschen und für das Gemeinwohl das Ergebnis sein, dass trotz solcher Risiken der Einsatz der Grünen Gentechnik angesichts der noch vielen offenen Fragestellungen vertretbar ist. Es ist hier nicht Zeit die verschiedenen Einzelthemen zu benennen, sie sind aber durch die entsprechenden Debatten hinreichend bekannt.

Die Rolle der Grünen Gentechnik für die Ernährung der Weltbevölkerung.

Ein Argument mit großem ethischem Gewicht ist die Aussage, dass mit der Grünen Gentechnik die Bekämpfung des Hungers besonders wirksam möglich ist. Der Ausgangspunkt einer solchen Betrachtung muss natürlich sein, was die Ursachen des Hungers sind.

Diese Frage ist höchst vielschichtig und komplex und muss mit einer Analyse der Ernährungskrisen der Menschheit beginnen.

Es wird sich schnell zeigen, dass es hier um weit mehr geht, als um die Ertragskraft von Pflanzen. In der jüngeren Debatte wurde immer wieder betont, dass die Ernährung der Weltbevölkerung nicht ein Mengenproblem ist, sondern ein Verteilungsproblem.

Ursachen der Ernährungskrise

Professor Dr. Markus Vogt analysiert in dem erwähnten Vortrag in Bayreuth: "Ihr primäres Problem ist nicht der absolute Mangel an Nahrungsmitteln, sondern Korruption, fehlende Kaufkraft der Armen, instabile politische Verhältnisse, kulturelle Entwurzelung durch Kriege und Arbeitslosigkeit. Der Beitrag Grüner Gentechnik zur Hungerbekämpfung ist wesentlich daran zu messen, ob er zur Überwindung oder zur Verstärkung dieser Strukturen beiträgt. Das bedeutet auch, dass sie die traditionellen Anbaumethoden und Zuchtrechte kleinbäuerlicher Strukturen nicht über ein bestimmtes Maß hinaus verdrängen darf, da diese eine wesentliche Funktion für die Grund- und Krisensicherung der Bevölkerung haben, die – gerade angesichts von Korruption sowie politischen, sozialen und ökologischen Krisen in Entwicklungsländern - nicht durch hochtechnisierte, meist marktabhängige Produkte kompensiert werden kann."

Die grundsätzlichen Fragestellungen für den Einsatz der Grünen Gentechnik in unserem Land und im europäischen Raum stellen sich natürlich auch für den Einsatz in Entwicklungsländern, wenn auch in unterschiedlicher Weise, etwa im Hinblick auf die Agrarstruktur in Südamerika und die ganz andere in Afrika oder in anderen Regionen.

Ein besonders wichtiges ethisches Thema ist die Gefahr der totalen Abhängigkeit von einigen wenigen Weltkonzernen. Eine Machtkonzentration, die nicht nur für Landwirte bedenklich ist.

Der Einsatz der Grünen Gentechnik ist nur bei entsprechenden gesetzlichen Regelungen überhaupt denkbar. Dies ist für uns selbstverständlich. So selbstverständlich wie für den Einsatz der Kernenergie oder andere risikoreichere Technologien. Diese Regeln auch dauerhaft durchzusetzen bedarf eines handlungsfähigen und durchsetzungsfähigen Rechtsstaats. Dies ist in den meisten Entwicklungsländern nicht gegeben. Einer der wichtigsten Gründe für den Hunger in der Welt sind die erwähnten Strukturen und die Vernachlässigung der einheimischen Landwirtschaft in ihrer Entwicklung bei den Produktionsmethoden und im Zugang zu den Märkten. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit der Vernachlässigung der Entwicklung der ländlichen Räume, da die Eliten weitgehend stadtorientiert sind. Diese Entwicklungen haben verheerende soziale Folgen. Der Einsatz der Grünen Gentechnik wird mit der Mengensteigerung bei der Nahrungsmittelproduktion begründet. Gleichzeitig würde dies aber eine Agrarwirtschaft fördern, die von der einheimischen Landwirtschaft weitgehend abgekoppelt wird. Wenn es zutreffend ist, dass der Hunger in der Welt seine Ursachen in den eingangs geschilderten strukturellen Problemen hat, ist nicht erkennbar, dass der Einsatz der Grünen Gentechnik den Hunger in der Welt und die Verarmung der Menschen vor allem in den ländlichen Regionen mit einer wachsenden Dynamik der Abwanderung in ohnehin schon kaum mehr beherrschbare Ballungszentren in irgendeiner Weise positiv verändern könnte.

In der Gesamtbetrachtung spricht alles dafür, dass die entschlossene Förderung der einheimischen, standortgerechten Landwirtschaft das größte und wirksamste Potential für die Bekämpfung des Hungers in der Welt ist. Eine solche Agrarpolitik muss dabei eng mit der Entwicklung der ländlichen Räume verbunden werden. Dies ist der Weg, der in Deutschland und später dann in der Europäischen Union entwickelt und heute selbstverständlich ist. Agrarpolitik und Politik für die Ernährung der Bevölkerung ist damit nicht mehr nur eine agrartechnische Frage, sondern eine umfassende gesellschaftspolitische Aufgabe. Ein isoliertes Fachkonzept Grüne Gentechnik kann dies nicht leisten.

Katholikentag Programm

Mein Fazit

Die oft geschwungene moralische Keule Grüne Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers in der Welt hat keine ausreichende Legitimation, um die damit verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen. Letztlich ist es natürlich immer die souveräne Entscheidung der Politik in den einzelnen Ländern, welchen Weg sie gehen will.

Zu den ethischen Aufgabenstellungen zählt auch der Umgang mit der Angst vieler Menschen gegenüber der Grünen Gentechnik.

Für das Verstehen der Prozesse und für den notwendigen Brückenschlag in der Gesellschaft und in der Politik ist es notwendig, sich mit dem Thema "Ängste" ernsthaft auseinander zu setzen, insbesondere mit der Rolle der Ängste in diesen Themenkreisen.

Angst ist ein unverzichtbarer Teil unseres Lebens. Angstfreie Menschen leben buchstäblich lebensgefährlich. Das gilt für das kleine Kind, das Gefahren noch nicht erkennen kann, ebenso wie für den Extremsportler, es gilt aber auch für uns alle. Die Angst schützt vor unbedachtem Tun. Entscheidend ist, dass wir uns von der Angst nicht beherrschen und besetzen lassen. Wenn nur noch Angst unser Verhalten und unser Handeln steuert, werden wir blockiert. Dies gilt auch für die Gesellschaft. Die Lösung ist aber nicht, Ängste zu verdrängen. Die Ängste müssen angenommen und aufgearbeitet werden. Sonst blockieren sie uns. Übel wird es freilich, wenn die Angst von Menschen politisch instrumentalisiert wird. Dies war gerade auch in den Umweltdebatten immer wieder zu erleben und ist auch jetzt eine ständige Gefahr. Mit Angst verbindet sich oft auch ein besonderes Gespür für Risiken, Defizite, Fehlentwicklungen.

Aus der eigenen Erfahrung in den jahrelangen heißen Debatten und Auseinandersetzungen um Sicherheitsfragen stelle ich fest, dass wir z.B. wichtige Weiterentwicklungen in der Sicherheit der kerntechnischen Anlagen – die wir uns heute alle zu Gute halten – vor allem den in der Sache engagierten Gegnern und Kritikern verdanken.

Die kritischen Gruppierungen haben eine wichtige Rolle. Eine der wichtigsten Antworten auf die Realität Angst ist vertrauensstiftendes Verhalten. Dies stellt entsprechende Anforderungen an die Transparenz aller Vorgänge. Die

Forderung nach Transparenz allein genügt aber nicht. Im Sinne des ethischen Diskurses geht es um die konkret ausgestaltete Verantwortungsethik. Dafür reicht nicht die Diskussion, dafür braucht man konkrete Strukturen.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen

Es muss klar beschrieben werden, wer für was Verantwortung hat, entsprechend rechenschaftspflichtig ist und wie diese Rechenschaft gegenüber wem realisiert wird. Dies sollten wir aus dem Desaster der Finanzkrise gelernt haben! Handlungsvollmacht ohne konkrete persönliche Verantwortung mit Konsequenzen für die Handelnden entwickelt eine Eigendynamik mit zerstörerischer Kraft. Ein Ausbau der Nutzung der Grünen Gentechnik ohne diese eindeutigen Strukturen und rechenschaftspflichtigen Regelungen ist nach meiner Überzeugung nicht vertretbar.

Ob "Ja" oder "Nein": Die Bürger haben ein Anrecht darauf, dass die politische Entscheidung zur Grünen Gentechnik nachvollziehbar dargelegt wird. Dazu gehört die Benennung der Chancen und der Risiken, der Kriterien für die Güterabwägung und die Begründung der Entscheidung. Ebenso muss dargelegt werden, durch welche Institutionen die weitere Entwicklung transparent begleitet und bewertet wird. Wer ist für was verantwortlich, in welcher Weise rechenschaftspflichtig, wie wird die Transparenz gewährleistet?

Dafür braucht es unter Federführung des Staates ein entsprechendes interdisziplinäres Netzwerk. Ich bin überzeugt: Nur so kann die lähmende Polarisierung überwunden werden.

Alois Glück

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn



WWW.THEEUROPEEXPERIENCE.EU

25. Mai 2014 – Europawahl!

The Europe Experience lautet der Titel einer neuen Internetseite, die in Kooperation katholischer Laienverbände und in Brüssel aktiver katholischer Organisationen entstanden ist. Am 2. April wurde die Seite im Europäischen Parlament mit Unterstützung einiger Europaabgeordneter, darunter der ZdK-Europasprecher, Martin Kastler, und Róża Thun aus Polen, präsentiert und ist seitdem in bislang fünf Sprachen online.

Alltäglich erfahren wir Europa, erfahren wir die Europäische Union – und meist sind wir uns dessen gar nicht mehr bewusst, so selbstverständlich europäisch ist unser tägliches Leben heute geworden. Da ist der EU-Führerschein und der Euro in unseren Portemonnaies, die europaweite Kennzeichnung der Lebensmittel, die ich gestern Abend im Supermarkt oder Bioladen um die Ecke gekauft habe, da sind die stetig sinkenden Roaming-Gebühren unserer Handys, für die die Mitglieder im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament kämpfen; die europäische Krankenkarte bietet mir Schutz im Urlaub am Mittelmeer oder auf Dienstreisen; da ist das Erasmussemester an der Jagiellonen-Universität in Krakau, das mir die polnische Sichtweise der Krimkrise eröffnet; und war nicht der Film, den ich Samstagabend im Kino gesehen habe, vom Europäischen Filmförderprogramm Media unterstützt?

In seiner Erklärung *"Europa ist unsere Zukunft! Europa nicht von seinen Grenzen, sondern von seinen Chancen her denken"* von 2011 hat die Vollversammlung des ZdK bekannt: "Als katholische Laien werden wir uns auch weiterhin mit tiefer Überzeugung und im Bewusstsein unserer Verantwortung für die europäische Einigung einsetzen."

Ganz in diesem Sinne hat die Initiative Christen für Europa (IXE) die europäische Internetseite **The Europe Experience** initiiert. Ziel der Internetseite ist es, auch die politische Seite Europas für Bürger noch erfahrbarer zu machen und Europapolitik aus der Perspektive der christlichen Sozialethik zu betrachten.

Die Internetseite möchte

- **informieren** – über die Europäische Union und ihre Kompetenzen in fünf zentralen Politikfeldern
- **inspirieren** – indem Sie den vielfältigen Beitrag der Kirche zur Gestaltung Europas anhand von Kommentaren aus sozialetischer Sicht und konkreter Politikvorschläge dokumentiert
- **mobilisieren** – sich mit der Funktionsweise der EU auseinanderzusetzen und eigene Erfahrungen und Ideen im Diskussionsforum einzubringen.

The Europe Experience ist ein Projekt der **Initiative Christen für Europa (IXE)**, dem europäischen Zusammenschluss christlicher Laienorganisationen und Einzelpersonlichkeiten, den das ZdK vor gut 10 Jahren gemeinsam mit den Semaines Sociales de France gegründet hat, um als christliche Laien europapolitische Debatten mitzugestalten.

Am 25. Mai haben wir alle die ganz konkrete Möglichkeit, mit unserer Stimme Europa zu gestalten!

| **Sigrid Schraml** |

Europareferentin im ZdK

Mehr unter: www.theeuropeexperience.eu
www.initiative-ixe.eu

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner